

RS Vfgh 2001/1/25 B2328/00

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 25.01.2001

Index

10 Verfassungsrecht

10/07 Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof

Norm

VfGG §85 Abs2 / Medienrecht

Rechtssatz

Keine Folge

Interessenabwägung

Vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes zu Anträgen auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung von im Verfahren vor der Privatrundfunkbehörde mitbeteiligten Parteien, die vor dem Verfassungsgerichtshof die Abweisung ihres Antrages auf Lizenzerteilung bekämpfen (vgl B v 26.02.98, B113/98, B v 07.12.00, B2093/00), kann der Verfassungsgerichtshof bei Abwägung aller berührten Interessen nicht finden, daß der Beschwerdeführerin mit dem Vollzug des angefochtenen Bescheides ein unverhältnismäßiger - jenen der Zulassungsinhaberinnen im Falle der Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung überwiegender - Nachteil erwachsen würde.

(ebenso: B2379/00, B2380/00, B2381/00, alle B v 25.01.01, u.v.m.).

Schlagworte

VfGH / Wirkung aufschiebende

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:2001:B2328.2000

Dokumentnummer

JFR_09989875_00B02328_01

Quelle: Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>